Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **20. Jänner 2010**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:
1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 18.11.2009
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich Watzmannstraße - Alte Landstraße
5. Bebauungsplan der Grundstufe für den Bereich Watzmannstraße - Alte Landstraße
6. Verlängerung Kontokorrentkredit Stadtgemeinde Oberndorf bei der Salzburger Sparkasse
7. Resolution zur finanziellen Lage der Städte
8. Allfälliges

Anwesende:
Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Marion Reitsamer
GV Josef Auzinger
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Michael Hillebrand, MAS
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Anna Schick
GV Peter Illinger
GV Martin Neumeier
Stadtrat Dietmar Prem
GV Johann Tutschka
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
Stadträtin Maria Petzlberger
GV Dr. Andrea Voggenhuber
GV Josef Hagmüller
GV Anneliese Höller

Entschuldigt abwesend:
GV Gerhard Rosenstatter

Weiters anwesend:
Dipl.-Ing. Ursula Brandl zu TOP 4. und 5.
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter zu TOP 4. und 5.
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 4 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 24 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Da keine Fragen seitens der anwesenden Zuhörer zur heutigen Tagesordnung vorliegen, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 18.11. 2009

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 18. November 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

3.1. Kassenprüfung

Aufgrund des Ausscheides des Buchhaltungsleiters wegen Pensionierung aus dem Dienst der Stadtgemeinde Oberndorf ist eine Kassenprüfung vorzunehmen. Der Obmann des Überprüfungsausschusses wird ersucht, ehest möglich einen diesbezüglichen Termin zu vereinbaren.

3.2. Sitzungsplan 2010

Folgender Sitzungsplan für das laufende Jahr liegt vor:

1. Halbjahr

Gemeindevertretung und Gemeindevorstehung	**Mittwoch, 20. Jänner, 19.00**
Gemeindevertretung und Gemeindevorstehung	**Mittwoch, 3. März, 19.00**
Gemeindevertretung	**Mittwoch, 21. April, 19.00 (Jahresrechnung)**
Gemeindevorstehung	**Mittwoch, 19. Mai, 19.00**
Gemeindevertretung	**Mittwoch, 2. Juni, 19.00**
Gemeindevertretung und Gemeindevorstehung	**Mittwoch, 14. Juli, 19.00**

2. Halbjahr

Gemeindevorstehung	**Mittwoch, 22. September, 19.00**
Gemeindevertretung	**Mittwoch, 13. Oktober, 19.00**
Gemeindevorstehung	**Mittwoch, 17. November, 19.00**
Gemeindevertretung	**Mittwoch, 15. Dezember, 19.00 (Jahresvoranschlag 2011)**

Der Plan wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich Watzmannstraße - Alte Landstraße

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Grundlagen:
Auf gegenständlichen Grundstücken soll der Neubau der HAK/HAS/PTS erfolgen. Gemäß § 23 ROG 1998 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem Räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht.
Für das Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes gelten die Bestimmungen der §§ 21 und 22 sinngemäß.

Gutachten:
Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Watzmannstraße - Alte Landstraße" zu beschließen."

Stadtrat Prem: Die Meinung der NOW ist bekannt. Das ist eine Jahrhundertfehlleistung in der Standortwahl. Ich ersuche, den anwesenden Gemeindevertretern bildlich zu zeigen, welches Projekt entsteht und ihnen die Finanzierung zu erklären. Das sollte jeder wirklich wissen.

Bürgermeister: Das Projekt ist jedem hinlänglich bekannt. Heute geht es um die Flächenwidmungsplanänderung und nicht um das Projekt als solches. Die Kosten wurden auch bereits beraten, sie sind im Budget enthalten und auch im Mittelfristigen Finanzplan. Daher ist es unverständlich, dass dieser Wunsch nicht früher geäußert wurde sondern heute an dieser Stelle kommt. Es geht nur wieder um eine Verzögerung. Ich habe übrigens weder das Projekt noch die Kosten dabei. Das Projekt kann in meinem Büro besichtigt werden. Die Pläne wurden auch schon hergezeigt. Das alles hat aber mit dem heutigen Thema, der Abänderung des Flächenwidmungsplanes, nichts zu tun.

Stadtrat Prem: Jeder Anwesende hat das Recht zu sehen, wie das Projekt exakt aussieht.

Dipl.-Ing. Brandl: Die Flächenwidmungsplanänderung ist vier Wochen zur Einsicht aufgelegen. Jeder hatte hier die Möglichkeit, Einsicht zu nehmen. Das sieht der Gesetzgeber so vor.

Stadtrat Innerkofler: Mir war von Anfang an klar, wie das Projekt aussieht. Es kostet auch viel Geld. Aber die andere Variante hätte ebenso viel Geld gekostet. Für mich heißt es, dass Ihr *(an NOW und ÖVP gerichtet)* gegen die Schule seid.

Dies wird dementiert und Stadtrat Prem ergänzt: Wir reden nur von der Standortfrage.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich „Watzmannstraße - Alte Landstraße" gemäß § 21 Abs. 6 ROG 1998 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 15 GV dafür (12 Stimmen SPÖ, 2 Stimmen Grüne, GV Höller - FPÖ), 9 Stimmen dagegen (5 Stimmen ÖVP, 3 Stimmen NOW, GV Hagmüller - FPÖ)

5. Bebauungsplan der Grundstufe für den Bereich Watzmannstraße - Alte Landstraße

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Grundlagen:
Im Sommer 2010 ist der Baubeginn für den Neubau des Schulgebäudes HAK/HAS/PTS geplant. Es sind daher für diesen Bereich die Bebauugsgrundlagen festzulegen. Die Verfahrensschritte zur Erstellung des Bebauungsplanes werden durch §§ 50, 70, 71 und 72 ROG 2009 bestimmt.

Gutachten:
Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben.
Es kann daher der Gemeindevertretung der Bebauungsplan der Grundstufe für den Bereich ”Watzmannstraße – Alte Landstraße" zur Beschlussfassung vorgelegt werden (Auszug aus den Bebauungsgrundlagen: Baufluchlinien; Baugrenzlinien; GRZ= max. 0,39 und 0,70; GFZ = max. 0,4 und 0,5; Traufhöhe = max. 412,00 und 408,00).“

GV Dr. Voggenhuber deponiert zur Platzgestaltung den Wunsch, dass der Platz nicht zementiert und der Boden atmungsaktiv gestaltet wird.

Bürgermeister bemerkt dazu, dass nach dem Behindertengleichstellungsgesetz keine Rasensteine verlegt werden dürfen. Doch das Projekt wird dem Bauausschuss in einer Sitzung vorgestellt.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Bebauungsplan der Grundstufe für den Bereich ”Watzmannstraße – Alte Landstraße" gem. § 71 Abs. 6 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 15 GV dafür (12 Stimmen SPÖ, 2 Stimmen Grüne, GV Höller - FPÖ), 9 Stimmen dagegen (5 Stimmen ÖVP, 3 Stimmen NOW, GV Hagmüller - FPÖ)

6. Verlängerung Kontokorrentkredit Stadtgemeinde Oberndorf bei der Salzburger Sparkasse

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Stadtgemeinde Oberndorf hat für den Betrieb ihrer Einrichtungen bei der Salzburger Sparkasse Bank AG einen Kontokorrentkreditrahmen in der Höhe von € 300.000,00.
Der Rahmen endet mit 30.04.2010 und soll bis 30.04.2011 verlängert werden. Der letztmalige Beschluss durch die Gemeindevertretung für die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens für die Salzburger Sparkasse Bank AG wurde am 13.05.2009 gefasst.

Der Kontokorrentrahmen dient zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen, die durch zeitliche Verschiebungen zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen können (z. B. Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Ertragsanteilen und Gemeindebeiträgen, Ausgaben für Lohnkosten, Annuitäten und Sozialabgaben).

Konditionen:
Zinssatz 0,500 % Aufschlag auf den 3-Monats-Euribor aufgerundet auf volle Achtel.
Der 3-Monats-Euribor betrug am 31.12.2009 0,700%. Keine Bereitstellungsgebühr.“

Stadtrat Prem: Am 13.05.09 haben wir bei der Sparkasse den Kredit verlängert, ist das der gleiche?

Bürgermeister: Der Kredit muss jedes Jahr neuerlich bestätigt werden. Heuer sind wir etwas früher dran.

Stadtrat Prem: Im Haushalt wurde beschlossen, die Kassenkredite um € 450.000,-- zu erhöhen. Sind unsere Kontokorrentkredite so ausgeschöpft, dass das notwendig ist?

Bürgermeister: Die werden je nach Zuteilung durch Bund und Land einmal mehr und einmal weniger ausgeschöpft. Die Erhöhung ist nur für allfällige Liquiditätsengpässe. Nach Beschlussfassung wird auch noch eine Bestätigung der Gemeindeaufsicht eingeholt. Der Kredit wird nicht für den Schulbau verwendet, dafür gibt es ein eigenes Darlehen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens bei der Salzburger Sparkasse Bank AG in der Höhe von € 300.000,00 bis 30.04.2011 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Resolution zur finanziellen Lage der Städte

Der Österreichische Städtebund ersucht die Mitgliedsgemeinden um Beschlussfassung der nachfolgenden Resolution zur finanziellen Lage der Städte *(Text aus dem Mail des Österreichischen Städtebundes vom 23.12.2009 übernommen)*:

„Resolution zur finanziellen Lage der Städte

PRÄAMBEL

• Die Sicherung des Wohlfahrtsstaats in seiner Gesamtheit erfordert umgehend gesamtheitliche Lösungen - die zwischen Bund, Ländern und Städten/Gemeinden in partnerschaftlichen Verhandlungen erarbeitet werden – ist man daran interessiert, eine nachhaltige, finanzierbare Entwicklung von öffentlichen Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern anbieten zu können. (z.B. in den Bereichen Gesundheitsfinanzierung, Pflege, Soziales, aber auch im Bildungsbereich).

• Ohne einschneidende Veränderungen des Steuer- und Abgabensystems wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die künftig zu erwartende Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben dazu führen, dass zu wenig Mittel im „Gesamtsystem Staat“ bereit stehen. Um diese nachhaltig zu garantieren, bedarf es neben einer umfassenden Verwaltungs- und Aufgabenreform auf Basis einer umfassenden Staatsreform auch einer Steuerreform, in deren Zentrum, um soziale Verträglichkeit zu garantieren, die Einbeziehung der Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Finanztransaktionen stehen muss, wobei die Durchsetzung im europäischen Gleichklang erfolgen sollte.

• Der Bund und die Länder bekennen sich dazu, dass Dienstleistungen von öffentlichem Interesse (u.a. Sozialeinrichtungen, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Verkehrsdienstleistungen, Wasserver- und -entsorgung, Müllentsorgung, ...) auch durch die öffentliche Hand selbst erbracht werden können. Bei Dienstleistungen in den Bereichen Wasser, Kanal und Müll handelt es sich grundsätzlich um kommunale Aufgaben. Dies müssen nicht notwendigerweise soziale Dienste sein, sodass es zulässig ist, in diesem Bereich wirtschaftlich zu handeln.

• Um das hohe und für die gesamte Wirtschaft bedeutende Investitionsniveau auch während der aktuellen wirtschaftlichen Situation aufrecht erhalten zu können, stellen die Länder und der Bund den Städten Sonderfinanzierungsmittel (wie auch den Bürgerinnen und Bürgern und dem Finanzsektor) zur Verfügung, sodass keine neuen Abgänge in deren Budgets entstehen und künftige Lösungsansätze zusätzlich unnötig belasten.

Österreichs Städte sind lebenswert: eine Tatsache die durch den beständigen Zuzug, Umfragen zur Zufriedenheit mit den Leistungen der Daseinsvorsorge und auch durch internationale Studien laufend bestätigt wird.

Österreichs Städte sind die Wachstumsmotoren der österreichischen Wirtschaft, wie ein Blick auf die regionale Gesamtrechnung und die Arbeitsplatzstatistiken verrät. Zudem sind sie weiterhin der größte öffentliche Investor und Arbeitgeber für über 110.000 Menschen (inkl. Wien).

Österreichs Städte leisten ihren Beitrag zur finanzwirtschaftlichen

Stabilität des Staates indem sie, übrigens als einzige Gebietskörperschaftsebene, die Verpflichtungen aus dem innerösterreichischen Stabilitätspakt seit Jahren kontinuierlich einhalten.
Österreichs Städte leben die Verwaltungsreform in einem ständigen Prozess der Innovation und Weiterentwicklung im Dienste der BürgerInnen, wie zahlreiche Auszeichnungen belegen.

All diese Leistungen sind nunmehr bedroht.

Österreichs Städte werden durch von außen ausgelöste Kostensteigerungen destabilisiert. Im Zeitraum von 2003 – 2007 explodierten die Nettoausgabenbelastungen in den Bereichen Gesundheit (+33,9%) und Soziales (+21,4%). Beides Aufgabenbereiche, auf die die Städte und Gemeinden kaum bis gar keinen Einfluss haben.
Österreichs Städte sehen sich gezwungen, mit Einschnitten im Personalbereich (-5000 Bedienstete im Zeitraum 2003 - 2007) und bei den Investitionen (-12,6% im selben Zeitraum) zu reagieren, da alle großen Effizienzsteigerungspotentiale und Einmaleffekte im eigenen Bereich bereits gehoben sind, während intransparente Transferströme und Kofinanzierungen zu riesigen Steuerungsdefiziten führen.
Österreichs Städte tragen auch in der Zukunft die Hauptlast der demographischen Veränderungen, sowohl in Bezug auf die Alterung als auch in Bezug auf die Herausforderungen der Migration.
Österreichs Städte werden in ihren Einnahmemöglichkeiten durch Bund und Länder beschnitten, etwa durch die zahlreichen Befreiungen in der Kommunalsteuer und Grundsteuer, sowie das jahrzehntelange Ausbleiben einer Hauptfeststellung.

Ein Paket zur Sicherung der Nachhaltigkeit der städtischen Haushalte ist daher unabdingbar.

Österreichs Städte beanspruchen eine faire Mittelaufteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, der insbesondere eine Abgeltung für die vielfältigen zentralörtlichen Leistungen vorsieht. Dies beinhaltet auch die Abschaffung von Zuteilungsschlüsseln für diverse Einnahmen und Umlagenberechnungen (wie z.B. Finanzkraft) und deren Ersatz durch wirtschaftlich repräsentative Zuteilungsmechanismen.
Österreichs Städte bestehen auf Kompetenzbereinigungen, die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung wieder zusammenführt. Die Finanzierung der Krankenhäuser und der Sozialhilfe ist eine Aufgabe der Länder!
Österreichs Städte fordern das Ende der schleichenden Aushöhlung des Finanzausgleichs mittels Verlagerungen von Aufgaben ohne ausreichende Mittel. Die öffentliche Sicherheit ist ebenso Aufgabe des Bundes wie existenzsichernde Pensionen und Pflegegeldbestimmungen.
Österreichs Städte streben nach einer gerechten Reform der Grundsteuer. Beispielgebend dafür ist das „Grazer Modell“.
Österreichs Städte treten für einen direkten Zugang zu den Mitteln der ÖBFA ein, um auch in Krisenzeiten günstige Liquidität sicherzustellen.

Österreichs Städte erheben Anspruch auf Sondermittel zur Beseitigung von historischen Lasten, die auf mittlere Sicht nicht mehr alleine getragen werden können.
Österreichs Städte bekennen sich zu ihrer Verantwortung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur sparsamen und effizienten Mittelverwaltung und somit zu einem Teil der erforderlichen Einsparungen beizutragen. Die Städte und Gemeinden stellen jedoch nachdrücklich fest, dass die derzeitige Situation sie veranlasst hat, bis an die äußerste Grenze der Finanzierbarkeit zu gehen und sehen sich außer Stande, die strukturellen Defizite alleine aus eigener Kraft auszugleichen. Daher werden der Bund und die Länder aufgefordert, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die erforderlichen Schritte einzuleiten und umzusetzen. Die Alternative dazu ist, dass es kurz- bis mittelfristig durch die entstehenden Finanzierungslücken zwangsweise zu einer Zerschlagung des bisher gelebten kommunalen Systems bestehend aus Gemeinden, Städten und Statutarstädten samt all ihrer interkommunalen Vereinigungen, Verbänden etc. kommen muss und wird."

Nachfolgende Wortmeldung von GV Dipl.-Ing. Weiner sowie die Antwort von Bürgermeister Schröder wurden wunschgemäß vom Tonband wörtlich übertragen:

GV Dipl.-Ing. Weiner: „Ich gehe davon aus, dass nicht jeder das immer ganz so durchgelesen hat, was ich niemandem nachtrage. Es ist in sehr gehobener Art und Weise geschrieben. Ich habe bei dieser Resolution ein bisserl Bauchweh. Warum? Für mich erscheint die ganze Resolution ein bisschen wie ein Floriani-Prinzip: Der Bund hat kein Geld, das Land hat kein Geld, die Gemeinden, die Städte, haben kein Geld - alle jammern. Und jetzt versuchen sie untereinander durch Resolutionen so zu sagen den anderen dazu zu bringen, dass er einer *…(am Band nicht verständlich)* in der Situation. Das ist der Eindruck, den ich bei diesem Papier gewinne. An sich sollte es eigentlich so sein, dass jeder vor seiner eigenen Tür kehrt und in dieser prekären Situation, in der wir uns alle befinden - alle haben wir zu viele Schulden - schaut, dass wir da irgendwie Einsparungen finden oder Lösungen finden.
Als Beispiel lese ich ihnen nur zwei Stellen vor, wo es mir ein bisserl aufgestoßen hat:
Ohne einschneidende Veränderungen des Steuer- und Abgabensystems wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die künftig zu erwartende Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben dazu führen, dass zu wenig Mittel im Gesamtsystem Staat bereit stehen. Um diese nachhaltig zu garantieren - also die Festigkeit des Gesamtstaates - bedarf es *(und weiter in beschwingten Worten:)* neben einer umfassenden Verwaltungs- und Aufgabenreform auf Basis einer umfassenden Staatsreform „juhuuu!!!" auch einer Steuerreform „super!!! - wir reformieren!", in deren Zentrum, um soziale Verträglichkeit zu garantieren, die Einbeziehung der Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Finanztransaktionen stehen muss „bravo - großartig" *(klatscht in die Hände),* und dann steht am Schluss: wobei die Durchsetzung im europäischen Gleichklang erfolgen sollte.
Das kommt mir ein bisserl so ähnlich vor wie die CO2-Angelegenheit in Kopenhagen. Für mich ist das Ganze dann eine Worthülse, ich kann mir nicht helfen. Wenn ich am Schluss dem Schwarzen Peter sage, wir machen die Reformen, aber erst, wenn die anderen auch mittun, dann hilft das soviel wie gar nichts.
Zweitens: Österreichs Städte sehen sich gezwungen, mit Einschnitten im Personalbereich (-5000 Bedienstete im Zeitraum 2003 - 2007) und bei den Investitionen (-12,6 % im selben Zeitraum) zu reagieren, da alle großen Effizienzsteigerungspotentiale und Einmaleffekte im eigenen Bereich bereits gehoben sind - also das würde ich als einer, der einen Betrieb führt, mich nie sagen trauen. Das ist das, was ich sage, wir haben alle Einsparungspotentiale in unserem Bereich bereits gehoben. Das würde ich mich nie trauen zu sagen. Und wer bitte in den letzen zwei Tagen die Zeitungen gelesen hat, da gibt es Industrielle, die darauf hinweisen, dass z. B. die Zusammenlegungen von Gemeinden ein ganz gewaltiges Einsparungspotential haben würden, aber alle Lokalkaiser sich dagegen wehren, dass es zu einer Zusammenlegung kommt. Deswegen habe ich bei dieser Resolution Bauchweh. Ich wollte es

nur kundtun. Wenn da drüber abgestimmt wird, dann ist das eine Solidaritätsabstimmung im Sinne ‚wir sind halt auch Staat und machen halt mit' - aber, Entschuldigung, in Wirklichkeit sollten wir sagen ‚passt auf, Kinder, wir müssen als Städte alles tun, damit wir eben noch mehr Einsparungspotential bringen', damit wir die Reformen vorantreiben, und nicht bitte verharren und dann sagen, das Land und der Bund ist schuld, die sollen uns mehr …..*(am Band nicht verständlich)*. Für mich ein Florianiprinzip, mit dem ich nicht gerne lebe.

Bürgermeister Schröder: Lieber Hans Weiner, ich würde nur bitten, hier etwas mehr Ernsthaftigkeit dahinter zu setzen. Ich möchte nicht haben, dass die Gemeindevertretung hier durch pointierte Aussagen diesbezüglich bei einem ernsten Thema in eine Art Kasperltheater abgleitet. Du weißt es, sehr pointiert zu argumentieren. Jetzt geht es aber um eine ernsthafte Sache. Über dieses Papier haben sich einige den Kopf zerbrochen, die bei der Verwaltungsreform schon sehr stark mitgearbeitet haben. Auch der Gemeindebund ist diesbezüglich schon auf den Plan getreten und die Gemeinden und Städte haben sich sehr ernsthaft damit auseinandergesetzt, Einsparungspotentiale zu suchen und sind auch weiter dabei, bei dieser Verwaltungsreform den Ton anzugeben, was sie ja tun. Letztendlich ist es eine Aufgabe des Bundes und der Länder. Hier scheint es sich sehr stark zu spießen, denn die Verteilung - die Belastung besser gesagt - ist jetzt in den Bereich der Gemeinden abgeglitten. Das sehen wir in unserem Haushalt sehr stark. Die Belastungen sind überproportional für die Gemeinden im Sozialbereich gestiegen, es ist immer mehr in Richtung Gemeinden argumentiert worden. Es wird immer mehr an Verwaltungstätigkeiten im Bereich der Gemeinden getan, obwohl es hier zu keinen Personalvermehrungen kommt. An dieser Verwaltungsreform zu arbeiten wird die Aufgabe aller sein - des Bundes, des Landes und der Gemeinden und Städte. Letztendlich ist es aber immer wieder so, das wird von allen bestätigt, sei es Gemeindebund oder Städtebund, dass hier die Belastungen in den letzten Jahren sehr stark die Gemeinden getroffen hat. Darum geht es in dieser Resolution, wieder einmal darauf hinzuweisen, dass die Belastung nicht weiter den Kleinsten treffen kann und eine Ausgewogenheit vonstatten gehen muss.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Kann ich mich durchaus damit einverstanden erklären. In diesem einen Punkt kann ich mich nicht einverstanden erklären, dass meine Ausführungen ein Kasperltheater sind. Dagegen verwehre ich mich ganz kräftig. Die Tatsache, bitte, dass sich andere den Kopf zerbrochen haben - das haben sie bei der Hypo Alpe Adria auch gemacht.

Bürgermeister Schröder: Ich habe nicht gesagt, dass es ein Kasperltheater ist, sondern ich möchte nicht, dass es in dieses abgleitet durch die pointierten Aussagen.

Ende der wörtlichen Wiedergabe des Tonbandes.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es stehen viele Dinge drinnen, die man jedenfalls unterstreichen kann. Eines ist ohnehin logisch: wir haben eine bestimmte Menge an Geld zur Verfügung und eine gewisse Menge an Aufgaben zu erfüllen. Es geht nur um die Verteilung. Das wäre eigentlich ein Thema für die Finanzausgleichsverhandlungen. Ich sehe die Resolution als Rückenstärkung in den Verhandlungen mit dem Bund. Wir wissen jetzt, „dass es zulässig ist, wirtschaftlich zu handeln". Das steht drinnen. Ich hoffe nicht, dass es heißen soll, die Gemeinden sollen verstärkt Wirtschaftsbetriebe führen. Das halten wir nicht für sinnvoll. Private können billiger und effektiver arbeiten. Ich weiß nicht, ob es so gemeint ist. Die Teilprivatisierung des Krankenhauses z. B. war ein sehr kontroverses Thema. Wir hatten eine sehr gespaltene Meinung dazu, letztlich bewahrheitet es sich doch, dass es offensichtlich funktioniert. Wir wollen jedenfalls nicht, dass die Gemeinde darüber nachdenkt, selber neue Wirtschaftsbetriebe zu führen.

Bürgermeister: Der Markt regelt die Dinge - einige werden von der Privatwirtschaft, andere von der Öffentlichen Hand besser gemacht. Zum Thema Krankenhaus Oberndorf: Wir haben hier keine Teilprivatisierung vorgenommen. Rechtsträger des Hauses ist nach wie vor zu 100

% die Stadtgemeinde - also die Öffentliche Hand. Nur die Betriebsführung wurde zu 49 % von einem Privaten übernommen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Resolution des Österreichischen Städtebundes zur finanziellen Lage der Städte gem. Rundschreiben Nr. 24/2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (24 GV anwesend): 21 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (NOW).

8. Allfälliges

Bürgermeister Schröder ersucht um Bekanntgabe der Teilnehmer für die Fahrt nach Oberndorf am Neckar im Juli d. J. anlässlich des Musikfestes. Es wird aufgrund der Entfernung vorgeschlagen, bereits am Freitag anzureisen, also Abfahrt am Freitag, 09.07., ca. 13.00 Uhr - Fahrzeit mit dem Bus ca. 5 - max. 6 Stunden; Rückreise am Sonntag, 11.07., um die Mittagszeit. Der Bus wird von der Stadtgemeinde bezahlt, die Kosten für Zimmer und Verköstigung sind selbst zu tragen.

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Vizebgm. Mayrhofer erkundigt sich nach dem Ergebnis der Entwurfspräsentation HAK/HAS/PTS-Neubau beim Ministerium.

Bürgermeister: Es hat in Wien bei Ministerialrat Dr. Souceck eine Sitzung gegeben, wo der Entwurf vorgestellt wurde. Er wurde vollinhaltlich akzeptiert (meistens kommt es beim Ministerium zu gewissen Streichungen), auch der Prozentschlüssel wurde akzeptiert, auch die Erhöhung des m3-Preises. Demnächst wird uns die grundsätzliche Meinungsäußerung zum Vertrag zugestellt. In der Gemeindevertretungssitzung am 3. März wird die Vorstellung erfolgen. Wenn es gelingt, soll es vorher noch eine Bauausschuss-Sitzung geben, wo das Projekt als solches nochmals vorgestellt wird. In Wien ist es sehr gut gelaufen. Die Projektausschreibungen werden in den nächsten Gemeindevertretungssitzungen zum Beschluss vorliegen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 19.40 Uhr.

Die Schriftführerin:	Der Vorsitzende:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.	gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll
GV v. 20.01.10

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
2.	Protokoll v. 18.11.09		
4.	Teilabänderung FLWP Watzmannstraße-Alte Landstraße		
5.	Bebauungsplan d. Grundstufe Watzmannstraße-Alte Landstraße		
6.	Verlängerung Kontokorrentkredit SPK		
7.	Resolution zur finanziellen Lage der Städte		